

---

**Vorsitz: Belarus****1017. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 13. Juli 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 10.55 Uhr

2. Vorsitz: D. Dovgalev

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum:* Russische Föderation (Anhang) (FSC.DEL/259/22/Add.1), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/258/22 OSCE+), Belarus (FSC.DEL/256/22 OSCE+), Kanada, Tschechische Republik – Europäische Union (FSC.DEL/257/22), Schweiz

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 20. Juli 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1017. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1023, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

nachdem der kollektive Westen den Konflikt in der Ukraine initiiert und ihn auf das Äußerste verschärft hat, setzt er seinen Konfrontationskurs gegen die Russische Föderation fort. In den letzten Tagen haben wir wieder einmal erlebt, wie in der westlichen Presse der Militarismus gepredigt wird. Der Berater der US-Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Paul Massaro, erklärte, dass der Ukraine erlaubt werden müsse, Angriffe auf Belarus und Russland durchzuführen. Daraufhin äußerte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock am 10. Juli in einem Interview mit dem *Spiegel* ihr Bedauern darüber, dass der Westen in der Ukraine nicht militärisch intervenieren könne. (Übrigens trampelten deutsche Soldatenstiefel im zwanzigsten Jahrhundert dreimal über ukrainischen Schwarzerdeboden, und es wurde Getreide von dort nach Deutschland geschafft. Das haben wir nicht vergessen.) Der ehemalige Präsident Polens Lech Wałęsa hat dazu aufgerufen, Russland aufzuspalten und seine Bevölkerung auf ein Drittel zu verringern. Offensichtlich wurde er dazu von der Unterrichtung zur „Dekolonisierung“ unseres Landes durch die US-Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa inspiriert. Solche provokativen Parolen über die Verringerung der Bevölkerung Russlands, darunter der Generalplan Ost, sind nicht zum ersten Mal aus Europa zu hören.

Wir erklären in aller Deutlichkeit, dass die US-Regierung und ihre Verbündeten gefährlich am Rande einer militärischen Konfrontation mit Russland balancieren. Es wäre an der Zeit für unsere Kolleginnen und Kollegen sich darüber klar zu werden, was sie in Wirklichkeit erreichen wollen: Verhandlungen oder den Sieg der Ukraine „auf dem Schlachtfeld“. Derzeit tun sie alles, um die ukrainische Regierung daran zu hindern, sich auf einen Friedensprozess einzulassen, indem sie sie mit westlichen Waffen vollpumpen, die dann zur Bombardierung von Städten und Ortschaften und zur Vernichtung der Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Letzteres sehen wir jeden Tag und können uns nicht damit abfinden.

In der Nacht auf den 12. Juli starteten die ukrainischen Streitkräfte einen massiven Raketenangriff auf Nowa Kachowka in der Oblast Cherson, bei dem sie in den USA hergestellte M142 HIMARS-Mehrfachraketenwerfer einsetzten. Der Befehl, dieses von den ukrainischen Nazis befreite Gebiet anzugreifen, in dem die Bürgerinnen und Bürger mehrere

Monate in Ruhe und Frieden gelebt hatten, wurde von Präsident Selenskyj persönlich erteilt. Die ukrainische Regierung erhielt Aufklärungsdaten von den Vereinigten Staaten von Amerika: der kommerzielle Satellit „WorldView-2“ hatte einige Tage vor der blutigen Provokation Bilder von der Gegend um Nowa Kachowka aufgenommen. Das Pentagon hatte zuvor freimütig erklärt, es beabsichtige, der ukrainischen Regierung Anweisungen für die Bombardierung von Zielen in den so genannten besetzten Gebieten der Ukraine zu geben, um keine „teure Munition“ zu verschwenden. Es erweist sich, dass die Ziele für die Angriffe der ukrainischen Nationalisten an den Ufern des Potomacs, und nicht an denen des Dneprs bestimmt werden.

Wir schlagen vor, dass unsere US-amerikanischen Kolleginnen und Kollegen eine Bewertung ihres „Beitrags“ zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit vornehmen.

Infolge des barbarischen Angriffs auf Nowa Kachowka mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfern wurden hunderte Wohnungen zerstört, ein Krankenhaus, eine Kirche und ein Lagerhaus für humanitäre Hilfsgüter schwer beschädigt und ganze Viertel in Brand gesteckt. Eine Rakete der ukrainischen Streitkräfte traf ein Düngemittellager und verursachte eine Explosion, deren Folgen an die Katastrophe in Beirut vom August 2020 erinnern. Die ganze Stadt liegt in Trümmern und Scherben. Bei dem Angriff wurden rund 90 Menschen verletzt, mindestens sechs wurden getötet. Viele Menschen wurden obdachlos.

Erwähnenswert ist, dass der Ausbildungszeitraum für US-Artilleristen, die lernen, mit dem HIMARS-System zu feuern, mehrere Monate beträgt, wohingegen die Ukrainer in nur einigen Wochen ausgebildet werden. Doch vielleicht sind es gar keine Ukrainer, die das Feuerkommando für die HIMARS erteilen? Vielleicht sind es US-Militärexperten, die zufällig vor Kurzem aus den Reihen der US-Streitkräfte entlassen wurden? Das russische Verteidigungsministerium überwacht und registriert alle Söldner, die in der Ukraine ankommen, um an den Kampfhandlungen teilzunehmen. Wir haben wiederholt gewarnt, dass wir sie nicht mit Samthandschuhen anfassen werden.

Seit Ende Juni werden in den USA hergestellte HIMARS-Mehrfachraketenwerfer für den Beschuss der Volksrepublik Donezk (DNR) und der Volksrepublik Lugansk (LNR) eingesetzt. In einem jüngsten Bericht des Fernsehkanals CNN heißt es, dass die ukrainischen Streitkräfte dank der Präzision und der Reichweite dieser Systeme in der Lage seien, „wichtige Einrichtungen“ unter Beschuss zu nehmen. Allem Anschein nach bezieht sich dies auf Angriffe auf zivile Gebiete. Am 28. Juni griffen ukrainische Neonazis Perewalsk in der LNR an, wobei sie eine von dem Unternehmen „Lockheed Martin“ hergestellte GMLRS M30-Lenkrakete mit einem Gefechtskopf, der Streumunition enthält, einsetzten. Am 10. Juli wurden infolge des Einsatzes eines HIMARS-Mehrfachraketenwerfers bei dem Beschuss des Donezker Rajons Amwrossijiwkij drei Menschen getötet und 39 verletzt. Am 10. und 11. Juli wurde bei dem Beschuss von Altschewsk und Irmino in der LNR eine Einwohnerin verletzt und es wurden sechs Wohngebäude und eine Schule beschädigt. Gestern wurden im Zuge der Bombardierung von Stachanow in der LNR mit einem HIMARS-System zwei Menschen getötet und zwei weitere verletzt. Es stellt sich die Frage, ob man in Washington D.C. mit den Ergebnissen der Arbeit der dem Kyjiwer Regime zur Verfügung gestellten Systeme zufrieden ist, die nicht militärische Ziele, sondern Zivilpersonen vernichten. Unsere Schlussfolgerungen sind eindeutig: Die Ankündigung eines weiteren Pakets von Militärhilfe aus den Vereinigten Staaten, das HIMARS-Munition umfasst, zeugt von dem unbändigen Willen der

US-Regierung, die bewaffnete Konfrontation um den Preis eines unaufhörlichen Blutvergießens in die Länge zu ziehen.

Auch die „Satelliten“ der Vereinigten Staaten stehen nicht nach und pumpen militärische Güter in die Ukraine. Sie scheren sich nicht um ihre Ausfuhrkontrollverpflichtungen und das humanitäre Völkerrecht. Sie haben andere Interessen. Die Belieferung der ukrainischen Regierung mit gebrauchten Waffen erlaubt es ihnen, nicht mehr benötigtes Gerät aus ihren Militärdepots zu räumen, um die Zahl der modernen Waffen in ihren Beständen zu erhöhen. Insbesondere die deutsche Regierung hat der Ukraine tragbare Flugabwehrsysteme (MANPADS) des Typs Strela übergeben – Systeme, die wegen ihrer hohen Explosionsgefahr in Deutschland nicht mehr eingesetzt werden. Damit hat sie sich zusätzliche Kosten für Entsorgungsmaßnahmen erspart. Gleichzeitig haben eine Reihe von NATO-Mitgliedsländern mit der US-Regierung vereinbart, Kyjiw alte Waffen im Austausch für neue zu liefern. Die Slowakei zum Beispiel hat der Ukraine S-300-Flugabwehrraketensysteme übergeben und dafür Patriot-Systeme aus den Vereinigten Staaten erhalten. Natürlich beabsichtigen die Vereinigten Staaten, am meisten vom ukrainischen Konflikt zu profitieren, indem sie ihren Verbündeten unter dem sagemumwobenen Vorwand einer erhöhten Bedrohung durch Russland Verträge für militärische Güter aufdrängen. Die Folgen dieser „blutigen“ Waffengeschäfte lassen nicht lange auf sich warten.

Allein in der letzten Woche wurden 2 600 Mörsergranaten und Geschosse auf friedliche Städte im Donbass abgefeuert, die meisten mit dem NATO-Standardkaliber von 155 mm. Die Angriffe richteten sich gegen dicht besiedelte Stadtviertel. Ihr Ziel war die Einschüchterung und der Genozid an der Zivilbevölkerung. Die Aufgabe bestand darin, einen Haufen Asche zurückzulassen. Die eingesetzte Munition hatte die ukrainische Regierung zuvor zusammen mit Artilleriesystemen von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Kanada und Frankreich erhalten. Insbesondere möchten wir die tschechischen „Friedensstifter“ erwähnen, die Kyjiw mit DANA-Haubitzen, RM-70 Vampir-Mehrfachraketenwerfer samt Geschossen und Tausende Granatwerfer, Sturmgewehre, Pistolen und Scharfschützengewehre beliefert haben. Es wird sofort klar, dass man in Prag die Traditionen eines großen Waffenarsenals aufrechterhält, aus dem einst Zugladungen von Waffen nach Kursk und Stalingrad geschickt wurden. Die Bilanz des Einsatzes der westlichen und ukrainischen Artillerie in der DNR seit dem 6. Juli: mindestens 136 verletzte und 23 getötete Zivilpersonen, darunter acht Kinder, und mehr als 240 zerstörte Gebäude.

Wir betonen mit Nachdruck, dass die westlichen Waffenlieferanten der ukrainischen Regierung gemeinsam mit den ukrainischen Neonazis für den Tod von Nichtkombattanten und die Zerstörung im Donbass und im unteren Dnepr-Becken verantwortlich sind.

Herr Vorsitzender,

all das bestätigt die Bedeutung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Entmilitarisierung der Ukraine und ihrer Befreiung von faschistoiden Radikalisten, die weiterhin die Bevölkerung des Donbass terrorisieren und die Sicherheit unseres Landes und seiner Verbündeten bedrohen. Russland wird dann aufhören, wenn gewährleistet ist, dass die Menschen vor den von den westlichen Ländern gelieferten Waffen sicher sind. Genau darauf zielt die militärische Spezialoperation ab, die so lange fortgesetzt wird, bis die von Präsident Putin gesetzten Ziele endgültig erreicht sind.

Um das Risiko blutiger Provokationen gegen die Bürgerinnen und Bürger der DNR, der LNR und der befreiten Gebiete der Ukraine zu verringern, setzen die Streitkräfte der Russischen Föderation ihre gezielten Bemühungen zur Zerstörung der ausländischen Militärausrüstung, die nach Kyjiw geliefert wird, fort. Mit bodengestützten Präzisionswaffen wurden über 1 000 Artilleriegeschosse für in den USA hergestellte M777-Haubitzen in Slowjansk vernichtet, sowie drei Hangars in der Nähe von Kostjantyniwka und Tschasiw Jar zerstört, in denen diese für den Beschuss von Wohngebieten in der Stadt Donezk eingesetzten Haubitzen gelagert waren. In der Region Odessa wurden mehrere aus dem Vereinigten Königreich gelieferte Harpoon-Raketensysteme zur Küstenverteidigung zerstört. In der Nähe der Siedlung Malotaraniwka in der DNR wurden luftgestützte Hochpräzisionsraketen eingesetzt, um zwei Abschussvorrichtungen für HIMARS-Mehrfachraketenwerfer und zwei Lagereinrichtungen mit der dazugehörigen Munition unschädlich zu machen. Derlei wird immer häufiger der Fall sein.

Es kommen neue Beweise dafür ans Licht, wovor die russische Delegation im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) vor langer Zeit eingehend gewarnt hat: Waffen und militärisches Gerät aus dem Westen werden in der Ukraine gestohlen und landen auf dem Schwarzmarkt. Auf diesem Bild können Sie sehen, wie zwei Ukrainer neben einem Fahrzeug mit albanischem Kennzeichen über den Preis für Javelin- und NLAW-Panzerabwehrraketensysteme diskutieren. Sie verkaufen sie recht günstig: für nur 3 000 bis 5 000 Euro pro Stück. In dem Fahrzeug befinden sich rund ein halbes Dutzend dieser Systeme. Es ist nicht bekannt, wie viele solche mit Granatwerfern bepackte Fahrzeuge in Europa unterwegs sind. Darüber hinaus nahmen vor einigen Tagen serbische Grenzschutzbeamte eine ukrainische Frau fest, die versucht hatte, militärische Güter über die Grenze mit Rumänien zu schmuggeln. Es ist beängstigend, sich das tatsächliche Ausmaß der Waffenflut in Europa vorzustellen.

Herr Vorsitzender,

das kriminelle Regime in Kyjiw hat bereits sein wahres Gesicht gezeigt. Ukrainische Radikalisten und Neonazis bringen unsägliches Leid über die Zivilbevölkerung, über ihre eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürger, indem sie unter Verletzung des humanitären Völkerrechts Feuerstellungen in Hochhäusern einrichten. Bereits 2014 wurden einige Militärstützpunkte, die den ukrainischen Streitkräften als Gefechtsstände und Waffendepots dienten – insbesondere sogenannte Armbrust-Stellungen – in Vorschuleinrichtungen eingerichtet. Dort fanden während des Unterrichts der Kinder Waffen- und Pionierübungen statt. Das berichteten gefangengenommene Kämpfer des neonazistischen Asow-Bataillons, einer vom US-Kongress als terroristisch eingestuften Organisation.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Flucht der ukrainischen Truppen aus den befreiten Gebieten des Donbass von der örtlichen Bevölkerung mit Freude begrüßt wurde. Davon konnten sich Journalisten des französischen Fernsehkanals *France 24* überzeugen, die nach Ende der Kämpfe in Lyssytschansk geblieben waren (Reportage vom 4. Juli). Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt äußerten gegenüber diesen Korrespondenten, dass sie sich nur eine Zukunft gemeinsam mit Russland vorstellen könnten. Leider können einige von ihnen ihre Schutzräume immer noch nicht unbesorgt verlassen, da die ukrainischen Neonazis Tausende von verbotenen PFM-1 Lpepestok-Antipersonenminen in der Stadt verteilt haben, die nicht mit einem Selbstzerstörungsmechanismus ausgestattet sind. Das zeigt auch, wie gewissenhaft die ukrainische Regierung die Millionen von Dollar verwendet, die sie im

Einklang mit dem Übereinkommen von Ottawa von 1997 für die Zerstörung dieser gefährlichen Kampfmittel erhalten hat.

Herr Vorsitzender,

die Vereinigten Staaten und ihre „Satelliten“ kümmert die Zukunft der Ukraine und ihrer Bevölkerung nicht. Wir haben gehört, wie sich das Kyjiwer Regime rühmte, im Rahmen der Mobilisierung faktisch in die Lage versetzt worden zu sein, eine Armee von einer Million Mann aufzustellen. Es schreckt nicht davor zurück, Männer – und ab dem 1. Oktober möglicherweise sogar Frauen – auch unter Anwendung von Gewalt für den „beschleunigten“ Einsatz an der Front einzuziehen. Unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen wiederholen im FSK mantraartig, wie, ich zitiere, „schlecht ausgebildet, schlecht ausgerüstet und schlecht geführt“ die verbündeten Streitkräfte von Russland, der DNR und der DNR seien. Natürlich ist jedem Militärspezialisten klar, dass diese Behauptungen glatt gelogen sind. Andererseits ist es eine reale Tatsache, über die das ukrainische Militär selbst spricht, dass Hunderttausende zwangsmobilisierte Ukrainer, die überhaupt nicht ausgebildet wurden, für die Interessen der transatlantischen Manager der Kyjiwer Junta zugrunde gehen.

Neben den zahlreichen Fälle, in denen ukrainische Militärangehörige von der ukrainischen Regierung als Kanonenfutter im Donbass benutzt werden, hat das russische Verteidigungsministerium auch Beweise dafür erhalten, dass sie auch zur Teilnahme an gefährlichen Biowaffenexperimenten herangezogen werden. Die Analyse von Blutproben ukrainischer Kriegsgefangener zeigt, dass 33 Prozent von ihnen an Hepatitis A, 20 Prozent an einer West-Nil-Virusinfektion und 4 Prozent an einer Hantavirusinfektion erkrankt waren oder sind. Die Ausgaben des Pentagon für die Forschung von militärischen Biolabors in der Ukraine belaufen sich seit 2005 auf über 250 Millionen Dollar, wobei das besondere Interesse der Afrikanischen Schweinepest gilt, aber auch der Erforschung von Zecken aus der Familie der Ixodidae, die besonders gefährliche Infektionen übertragen, darunter das genannte West-Nil-Fieber. Auch die Bundeswehr steht in dieser Hinsicht nicht nach: Unter dem Deckmantel der Verbesserung des ukrainischen epidemiologischen Überwachungssystems führte sie in Kyjiw und Odessa Forschungen zum Erreger des Hämorrhagischen Krim-Kongo-Fiebers durch. Ähnlich wie „Doktor“ Mengele und die „Einheit 731“. Wir hoffen, dass dazu keine erklärenden Erläuterungen notwendig sind.

Abschließend möchte ich daran erinnern, dass es für die Russische Föderation nach wie vor oberste Priorität hat, das Leid der Zivilbevölkerung im Donbass und in der Ukraine zu beenden, indem die Kampfhandlungen, die die ukrainische Regierung vor acht Jahren gegen ihre eigene Bevölkerung begonnen hat, gestoppt werden. Die Bedrohungen für die nationale Sicherheit unseres Landes und ganz Europas, die von diesem in der Agonie liegenden Regime ausgehen, werden zweifellos neutralisiert werden. Die Gültigkeit der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Donbass und der Ukraine wird wiederhergestellt werden. Und die ganze Menschheit wird die Wahrheit darüber erfahren, was in der Ukraine in all diesen Jahren wirklich geschehen ist.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

Danke, Herr Vorsitzender.